

Zusammenfassung

# Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte

Jutta Allmendinger, Johannes Giesecke und Dirk Oberschachtsiek

Eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
im Auftrag der Bertelsmann Stiftung



## Vorwort

Spätestens seit den 1990er Jahren reicht das Angebot an Ausbildungsplätzen nicht mehr aus, um allen Jugendlichen den Zugang zu einer Berufsausbildung zu ermöglichen. In der Konsequenz gelangen auch ausbildungsfähige und ausbildungswillige Jugendliche nach der Schule statt in Ausbildung in das sogenannte Übergangssystem. In dieser Warteschleife angekommen, haben sie kaum noch eine Chance, eine aufeinander aufbauende und zielgerichtete Qualifikation zu erlangen. Knapp 40 Prozent verlassen das Übergangssystem ohne im darauffolgenden Jahr eine Berufsausbildung beginnen zu können: Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist damit oft nicht möglich. Vielmehr führt das ständige Erleben von Ablehnung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und das „Parken“ im Übergangssystem zu Resignation und sinkendem Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Dieser Entwicklung haben wir seit rund zwei Jahrzehnten zugesehen – mit immensen Folgen: 1,5 Millionen 25- bis 34-Jährige haben heute in Deutschland weder einen Ausbildungsabschluss noch ein Abitur. Über ein Viertel der Betroffenen haben dabei einen Realschulabschluss und hätten sicherlich die Voraussetzung für eine Ausbildung mitgebracht. Die Erwerbsbiografie dieser Menschen ist und wird von einem hohen Arbeitslosigkeitsrisiko und niedrigen Einkommen geprägt sein. Ihr Einkommen wird häufig nicht für den eigenen Lebensunterhalt ausreichen. Und Jahr für Jahr starten weitere 150.000 junge Menschen in ihr Berufsleben ohne Ausbildungsabschluss und mit schlechten Zukunftsperspektiven.

Es ist daher allerhöchste Zeit, diese Entwicklung aufzuhalten und allen Jugendlichen die Chance auf eine berufliche Qualifikation zu eröffnen – im Interesse der betroffenen jungen Menschen, aber auch mit Blick auf die dramatischen Konsequenzen für unsere Gesellschaft als Ganzes. Denn die gesellschaftlichen Folgen unzureichender Bildung sind immens, dafür liefert die vorliegende Studie einen deutlichen Beleg: Allein bei den öffentlichen Haushalten entstehen mit jedem neuen Jahrgang an Jugendlichen, bei dem es nicht gelingt, die Zahl der ausbildungslosen Personen zu halbieren, Folgekosten in Höhe von 1,5 Milliarden Euro (abdiskontiert). Sie entstehen über ein 35-jähriges Berufsleben im Bereich von entgangenen Lohnsteuern und Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung sowie zu zahlendem Arbeitslosengeld und Sozialleistungen. Den mit Abstand größten Kostenfaktor bildet dabei die entgangene Lohnsteuer mit einem Anteil von 70 Prozent an den Gesamtkosten.



Das Ergebnis führt uns deutlich vor Augen, dass jedes Jahr aufs Neue enorme Folgekosten entstehen, wenn es nicht gelingt, durch Bildungsreformen die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss zu reduzieren. Dabei tragen wir die Folgekosten natürlich nicht nur für jede neu in den Arbeitsmarkt eintretende Alterskohorte. Vielmehr finanzieren die Steuerzahler in Deutschland bereits seit Jahren die immensen Folgekosten der hochgerechnet mehr als sieben Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter, die aus verschiedensten Gründen keine Ausbildung abgeschlossen haben. Wenn wir jetzt nicht entschieden Reformen in die Wege leiten, kommen in den nächsten 10 Jahren hochgerechnet nochmal rund 15 Milliarden Euro an Folgekosten hinzu.

Dabei bilden die in dieser Studie berechneten Folgekosten natürlich nur einen kleinen Teil der gesamten gesellschaftlichen Folgen unzureichender Bildung ab. Zum einen wird nur ein Ausschnitt der bei den öffentlichen Haushalten anfallenden Kosten berechnet – Konsumsteuern und das Rentensystem sind nicht berücksichtigt. Zum anderen beeinflusst fehlende Bildung auch Kriminalität, Gesundheitsverhalten, bürgerschaftliches Engagement, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Wachstumschancen einer Gesellschaft. Die damit einhergehenden Folgekosten für die Gesellschaft sind erheblich – das haben wir in verschiedenen Studien aus dem Projekt „Folgekosten unzureichender Bildung“ der Bertelsmann Stiftung bereits gezeigt. Alle Berechnungen von Folgekosten zeigen, dass Investitionen in Bildung und ein chancengerechteres Bildungssystem sich lohnen und die beste Sozialpolitik darstellen: Wir sollten lieber mehr investieren anstatt immer nur zu reparieren. Wir werden die stetig ansteigenden Sozialausgaben nur in den Griff bekommen, wenn wir jungen Menschen durch Bildung eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Präventive Bildungspolitik ist damit ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer Konsolidierung der Staatshaushalte. Profitieren würden dabei alle Ebenen im föderalen System – in besonders hohem Maße der Bund. Für Bund, Länder und Gemeinden lohnt es sich daher, an einem Strang zu ziehen und faire Bildungschancen für alle Jugendlichen zu schaffen.

Unzureichende Bildung und Bildungsarmut kann deutlich reduziert werden. Das erfordert aber konsequente Veränderungen im gesamten Bildungssystem und eine besondere Förderung und Unterstützung für die Kinder, die wir heute im Bildungssystem zurücklassen. Das fängt in Krippen und Kindertageseinrichtungen an – vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Lebensumfeldern oder mit Migrationshintergrund brauchen frühen Zugang zu guten Bildungsangeboten. Zahlreiche Studien haben belegt, dass gerade sie enorm von guter früher Bildung profitieren könnten. Auch im Schulsystem müsste sich einiges ändern: Ein lehrerzentrierter Frontalunterricht vor einer vermeintlich homogenen Schülergruppe wird den Herausforderungen unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht und eröffnet zu vielen Kindern zu wenige Chancen. Wir brauchen ein inklusives Schulsystem mit flächendeckenden Ganztagschulen, in dem jedes Kind unabhängig von seinem Lebenshintergrund und seinem Lerntempo bestmöglich individuell gefördert wird. Auf dem Weg dorthin müssen wir uns jetzt vorrangig um die Schulen kümmern, die Kindern heute häufig die schlechtesten Entwicklungsbedingungen ermöglichen – Grund-, Förder- und Hauptschulen in sozialen Brennpunkten. Hier müssen zusätzliche finanzielle Mittel hinfließen, die besten Lehrer, Sozialpädagogen und Schulleiter werden hier gebraucht, um Kinder und Eltern wirksam zu unterstützen und zu begleiten.

Die eingangs skizzierten Probleme beim Übergang von der Schule in eine bzw. zu häufig keine Ausbildung können nur beseitigt werden, wenn sich der bisherige Maßnahmenchunzel im Übergangssystem deutlich lichtet. Jugendliche, die noch nicht fit für die Ausbildung sind, benötigen eine individuelle Übergangsbegleitung mit aufeinander aufbauenden Maßnahmen, die ihnen eine klare und verbindliche Perspektive auf einen anschließenden Übergang in Ausbildung eröffnen. Ausbildungswillige und -fähige Jugendliche brauchen eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz. Eine solche Ausbildungsgarantie kann nur erfüllt werden, wenn neben dem dualen System – das nach wie vor der Königsweg in der beruflichen Ausbildung bleiben muss – mehr ergänzende, öffentlich geförderte Ausbildungsplätze geschaffen werden. Ausbildungen sollten sich dabei stärker an Kernberufen orientieren und weniger hoch spezialisiert sein. Zudem wäre eine flexiblere Gestaltung der Ausbildungsgänge notwendig, damit ein Wechsel von der öffentlich geförderten in die duale Ausbildung problemlos möglich ist. Für Jugendliche, bei denen sich abzeichnet, dass sie trotz intensiver Förderung und Begleitung keine dreijährige Ausbildung abschließen können, sollte in mehr Berufsfeldern die Möglichkeit einer zweijährigen Ausbildung geschaffen werden. Denn in einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft ist eine zweijährige Ausbildung auf alle Fälle besser als keine. In diesem Sinne stellt sich natürlich auch die Frage, welche Perspektiven man den 1,5 Millionen jungen Erwachsenen ohne Ausbildungsabschluss eröffnen kann. Hier müssten mehr individuell zugeschnittene Nachqualifizierungsangebote gemacht werden, um diesen Menschen, die noch einen Großteil ihres Berufslebens vor sich haben, die Tür zum Arbeitsmarkt dauerhaft zu öffnen.



Solche Reformen erfordern die Übernahme gemeinsamer Verantwortung über Parteigrenzen und Legislaturperioden hinweg. Wenn wir uns diesen Herausforderungen jetzt nicht stellen, tragen wir weiter dazu bei, dass immer mehr junge Menschen in unserer Gesellschaft abgehängt werden. Dabei dürfen wir nicht weiter zusehen – wegen der persönlichen Schicksale dieser Menschen und den Folgen für unsere Gesellschaft.



Dr. Jörg Dräger,  
Mitglied des Vorstands  
der Bertelsmann Stiftung



Anette Stein,  
Programmdirektorin  
Wirksame Bildungsinvestitionen

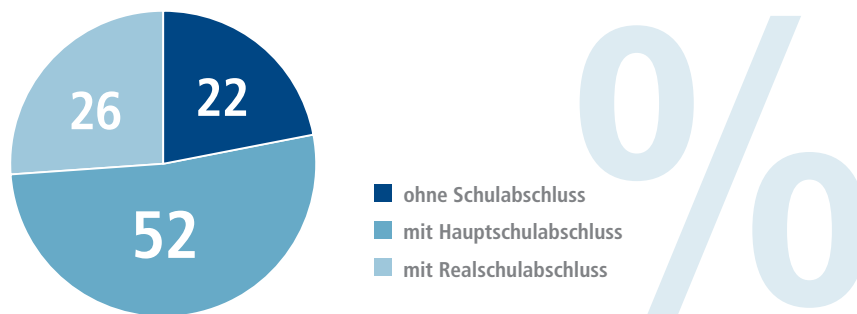
## Zusammenfassung

Jahr für Jahr verlassen rund 150.000 junge Erwachsene das Bildungs- und Ausbildungssystem ohne einen Abschluss – mit nur düsteren Aussichten auf Erfolg im Arbeitsmarkt. Hochgerechnet auf die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen sind das mehr als 1,5 Millionen Menschen. Ihnen allen ist es aus den verschiedensten Gründen nicht gelungen, einen Ausbildungsabschluss zu erwerben. Und ohne einen Ausbildungsabschluss fällt es äußerst schwer, in den Arbeitsmarkt einzusteigen und sich ein kontinuierliches Erwerbsleben aufzubauen.

Wie setzt sich diese Gruppe der ausbildungslosen Menschen zusammen? Von den 1,5 Millionen jungen Erwachsenen haben 22 Prozent keinen Schulabschluss, 52 Prozent besitzen einen Hauptschulabschluss und 26 Prozent einen Realschulabschluss (Abbildung 1). Bei aller Differenzierung ist ihnen eines gemeinsam: Ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe sind wesentlich geringer als von Menschen mit einer beruflichen Ausbildung.

**Abbildung 1: Junge Erwachsene ohne Ausbildungsabschluss unterschieden nach Schulabschluss**

Angaben in Prozent



Anmerkung: Repräsentativ für die Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz in Deutschland. Personen zwischen 25 und 34 Jahren, die sich nicht in Ausbildung befinden. Sonstige Gruppen ausgeschlossen.

Quelle: Mikrozensus 2007, eigene Berechnungen, Hochrechnung auf die Gesamtpopulation.

Bertelsmann Stiftung

Diese geringen Teilhabechancen sind durch zahlreiche Studien sehr gut belegt: Das Einkommen der ausbildungslosen Menschen wird über ihre Erwerbsbiografie hinweg relativ niedrig sein, so dass sie immer wieder Gefahr laufen, ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie nicht eigenständig bestreiten zu können. Sie werden drei- bis viermal eher von Arbeitslosigkeit betroffen sein als ausgebildete Fachkräfte. Voraussichtlich wird sich diese Situation in den kommenden Jahren nicht verbessern. Im Gegenteil: Über die letzten Jahrzehnte haben schlecht ausgebildete Menschen ständig an Boden verloren. Angesichts der sich zügig weiterentwickelnden Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft und ihrer Bedarfe wird das auch in Zukunft so sein. Denn die entstehende Fachkräftelücke können diese Menschen nicht schließen. Eine fehlende berufliche Qualifikation muss daher in unserer Gesellschaft als unzureichende Bildung angesehen werden.



Neben dem individuellen Schicksal der betroffenen Menschen wirkt sich unzureichende Bildung auch auf die gesamte Gesellschaft aus. Bei Bund, Ländern und Kommunen entstehen Folgekosten in Form von entgangenen Lohnsteuereinnahmen und Beiträgen in die Sozialversicherungssysteme. Darüber hinaus leistet die öffentliche Hand im Falle von Arbeitslosigkeit oder zu geringem Einkommen Transferzahlungen.

Die vorliegende Studie beziffert die bei den öffentlichen Haushalten anfallenden gesellschaftlichen Folgekosten. Sie unterscheidet dabei vier fiskalisch bedeutsame Kostenarten: entgangene Lohnsteuern, entgangene Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, auszahlendes Arbeitslosengeld I und Sozialleistungen. Damit beschreitet die Studie wissenschaftlich Neuland – vergleichbare Untersuchungen liegen für Deutschland bisher nicht vor.

Die Kosten unzureichender Bildung werden bestimmt, indem wir die Folgekosten der heutigen Bildungs- und Ausbildungsverteilung mit denjenigen vergleichen, die sich bei einem besseren Qualifikationsniveau ergeben. So nehmen wir in einem ersten Szenario an, dass sich der Anteil unzureichend Gebildeter um 20 Prozent verringert. In einem zweiten Szenario gehen wir davon aus, dass sich die Zahl der heute unzureichend Gebildeten halbiert.

Grundlage der Kostenschätzungen sind dabei Querschnittsdaten aus dem Mikrozensus, Daten des Sozio-oekonomischen Panels und die Lohn- und Einkommensteuerstatistik. Mit ihrer Hilfe werden die Erwerbsprofile und die Erwartungseinkommen im Lebensverlauf für verschiedene Bildungsgruppen simuliert. Diese Berechnungen werden ebenfalls für die hypothetisch angenommenen besseren Bildungsverteilungen durchgeführt. Für beide Szenarien wird daraufhin untersucht, wie sich die kumulierten Barwerte gegenüber den heutigen Werten verändert haben. Die Folgekosten unzureichender Bildung bestehen dann in dem Differenzbetrag zwischen der heutigen Situation und einer hypothetisch angenommenen Situation mit niedrigeren Anteilen unzureichend gebildeter junger Erwachsener.

Die Berechnungen zeigen, dass pro Jahr für jeden in den Arbeitsmarkt eintretenden Jahrgang an 21-Jährigen mit unzureichender Bildung bei den öffentlichen Haushalten beachtliche Folgekosten entstehen: Über eine Erwerbsbiografie von 35 Jahren belaufen sich diese auf 1,5 Milliarden Euro (abdiskontiert). Dieser Betrag ergibt sich aus der Differenz der heutigen Situation mit einer Bildungsverteilung, in der nur die Hälfte der heute unzureichend Gebildeten in den Arbeitsmarkt einsteigt. Im Umkehrschluss könnten jährlich 1,5 Milliarden Euro vermieden werden, wenn es gelänge, mehr jungen Erwachsenen eine Perspektive für ihr Leben zu eröffnen.

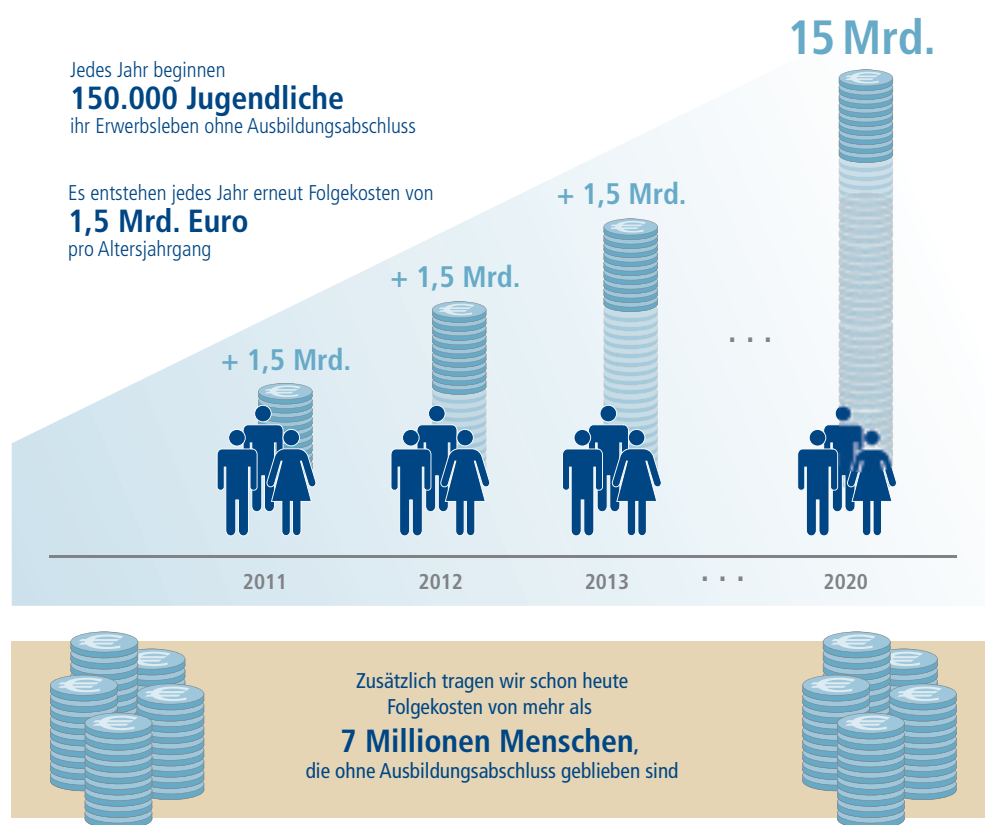
Dabei entstehen diese Folgekosten natürlich nicht nur für die 150.000 Personen, die jedes Jahr ohne Ausbildungsabschluss neu in ihr Berufsleben starten. Angesichts von hochgerechnet etwas mehr als sieben Millionen Menschen im Alter zwischen 25 und 65 Jahren, die keine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, dürften sich die gesamten Folgekosten auf einen beachtlichen – nicht konkret bezifferbaren – Gesamtwert summieren. Und mehr noch: Wenn wir jetzt nicht

entschieden Reformen in die Wege leiten, kommen in den folgenden zehn Jahren hochgerechnet weitere 15 Milliarden Euro an Folgekosten hinzu (siehe Abbildung 2).

Betrachten wir die entstehenden Kosten im Einzelnen. Von den vier Kostenarten, aus denen sich die Folgekosten unzureichender Bildung bei der öffentlichen Hand zusammensetzen, stellen die entgangenen Lohnsteuern mit einem Anteil von 70 Prozent den größten Kostenfaktor dar. Transferzahlungen in Form von Arbeitslosengeld und Sozialleistungen spielen mit rund 17 Prozent eine nachrangige Rolle.

**Abbildung 2: Folgekosten unzureichender Bildung bei den öffentlichen Haushalten**

Angaben in Euro



Anmerkung: Die Folgekosten unzureichender Bildung umfassen die der öffentlichen Hand entgangenen Einnahmen (Lohnsteuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung) sowie Ausgaben für Sozialtransfers, wenn es nicht gelingt die Zahl der 21-Jährigen ohne Ausbildungsabschluss zu halbieren. Sie werden als Differenz der kumulierten Barwerte über die Erwerbsbiografie (35 Jahre) zwischen der Referenzsituation und der hypothetischen Situation mit besserer Bildungsverteilung berechnet.

Quelle: Mikrozensus und Sozio-oekonomisches Panel; eigene Berechnungen.

BertelsmannStiftung





Ordnet man die Folgekosten den verschiedenen föderalen Ebenen in Deutschland zu, so zeigt sich, dass der Bund etwas mehr als 40 Prozent der gesamten Folgekosten trägt (siehe Abbildung 3). Auf die Bundesländer entfallen etwa 30 Prozent der Kosten, auf die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit jeweils etwa 15 Prozent. Bildungspolitische Reformen, mit deren Hilfe die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Ausbildungsabschluss reduziert wird, rechnen sich damit für alle föderalen Ebenen. Ein besonderes Interesse an der Umsetzung solcher Reformen müsste jedoch auf Bundesebene bestehen – sie zahlt am meisten für die Folgen unzureichender Bildung.

**Abbildung 3: Zuordnung der Folgekosten unzureichender Bildung bei den öffentlichen Haushalten auf die föderalen Ebenen**

Angaben in Prozent



Anmerkung: Grobe Schätzung der Kostenträgerschaft der öffentlichen Haushalte bei den Folgekosten unzureichender Bildung in Form von entgangenen Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie anfallenden Transfers wie Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II und Sozialgeld.

Quelle: Eigene Schätzungen.

BertelsmannStiftung

Natürlich spiegeln die von uns geschätzten Werte nur annähernd die tatsächlich entstehenden Belastungen. Aus vielen Gründen ist davon auszugehen, dass die über die Zeit anfallenden Kosten wesentlich höher als hier dargestellt sind. So betrachten wir mit Steuern und Sozialausgaben nur einen Bruchteil der Folgekosten. Ausgaben im Bereich von Konsum, Gesundheit und Renten lassen wir gänzlich unberücksichtigt. Auch unterstellen wir, dass sich Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen in Erwerbsbeteiligung und Einkommen, dem Bezug von Arbeitslosengeld und Sozialleistungen in der Zukunft so fortschreiben, wie sie sich in der Vergangenheit zeigten. Werden Menschen mit unzureichender Bildung aber immer weiter von der Gesellschaft abgehängt, wird sich die Situation noch verschärfen. Fehlende Bildung wirkt sich gesellschaftlich jedoch nicht nur auf die öffentlichen Haushalte aus, sie beeinflusst auch die Bereiche Kriminalität und Gesundheitsverhalten und verursacht hier weitere erhebliche Kosten.<sup>1</sup> Sozialkapital, freiwilliges Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind ebenfalls eng mit Bildung verbunden und tragen maßgeblich zur politischen und wirtschaftlichen

<sup>1</sup> Entorf und Sieger (2010) haben die Folgekosten unzureichender Bildung im Bereich Kriminalität berechnet.

Stabilität eines Landes bei. Eine makroökonomische Betrachtung kann hier am ehesten die langfristig mit Bildung verbundenen enormen Wachstumseffekte für die Gesellschaft aufzeigen.<sup>2</sup>

Alle Berechnungen von Folgekosten unzureichender Bildung belegen, dass Investitionen in Bildung und ein chancengerechtes Bildungssystem hohe Erträge erwarten lassen. Niedrigst qualifizierte Menschen müssen daher Bildungschancen und Perspektiven für Teilhabe am sozialen und beruflichen Leben erhalten. Mit diesem entscheidenden Schritt lassen sich nicht nur individuelle Tragödien vermeiden. Auf diese Weise wächst auch die Produktivität der deutschen Wirtschaft und unsere Staatshaushalte werden konsolidiert, sodass wir die stetig ansteigenden Sozialausgaben in den Griff bekommen. Das zeigt die vorliegende Studie sehr deutlich. Für jeden jungen Menschen ohne Ausbildungsabschluss könnten in heutigem Gegenwartswert rund 22.000 Euro investiert werden, ohne dass bei den öffentlichen Haushalten zusätzliche Kosten entstehen würden. Addiert man diese Beträge zu all den Ausgaben, die wir heute bereits für Maßnahmen im Schulsystem (Klassenwiederholungen, Förderschulen etc.) oder im Übergangssystem aufwenden und die leider wenig Wirkung hinsichtlich fairer Bildungschancen zeigen, lässt sich im Bildungssystem viel bewegen.

Ein Großteil der Investitionen in Bildung wird von den 16 Bundesländern getragen. Diese weisen erhebliche Struktur- und Leistungsunterschiede auf, sodass auch die Folgekosten unzureichender Bildung stark variieren. Die Leistungsunterschiede beziehen sich dabei auf den Anteil von unzureichend gebildeten Menschen und auf die Zusammensetzung dieser Gruppe. Der Anteil reicht bei den 25- bis 34-Jährigen von 7 Prozent in Sachsen bis hin zu mehr als 20 Prozent im Saarland und in Bremen. Bei der Zusammensetzung zeigt sich eine Spannweite von mehr als 5 Prozent junger Menschen ohne Hauptschulabschluss in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Bremen bis hin zu weniger als 2 Prozent in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (siehe Tabelle A7 im Anhang der Studie). Bei den jungen Erwachsenen mit Hauptschul-, aber ohne Ausbildungsabschluss zeigen sich die niedrigsten Werte mit etwas über 2 Prozent wiederum in Sachsen. Andere Länder wie Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Bremen haben mit Werten über 10 Prozent deutlich höhere Anteilswerte. Aus diesen Unterschieden ergeben sich pro Kopf anfallende Folgekosten zwischen 17.000 Euro in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern und 23.000 Euro in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz (vgl. Abbildung 4). Bildungspolitische Reformen mit dem Ziel, den Anteil niedrig Gebildeter zu reduzieren, würden sich damit in allen Bundesländern auszahlen – profitieren würden davon neben Bund und Kommunen insbesondere die betroffenen Menschen.

<sup>2</sup> Wößmann und Popiunik (2009) haben eine solche Betrachtung für Deutschland, Wößmann und Hanushek (2010) für verschiedene OECD-Länder vorgelegt und konnten damit die langfristige gesellschaftliche Bedeutung von Bildung verdeutlichen.

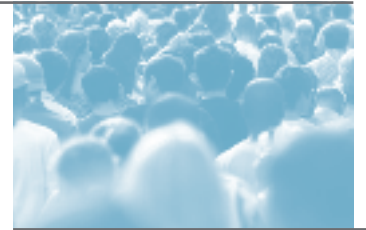
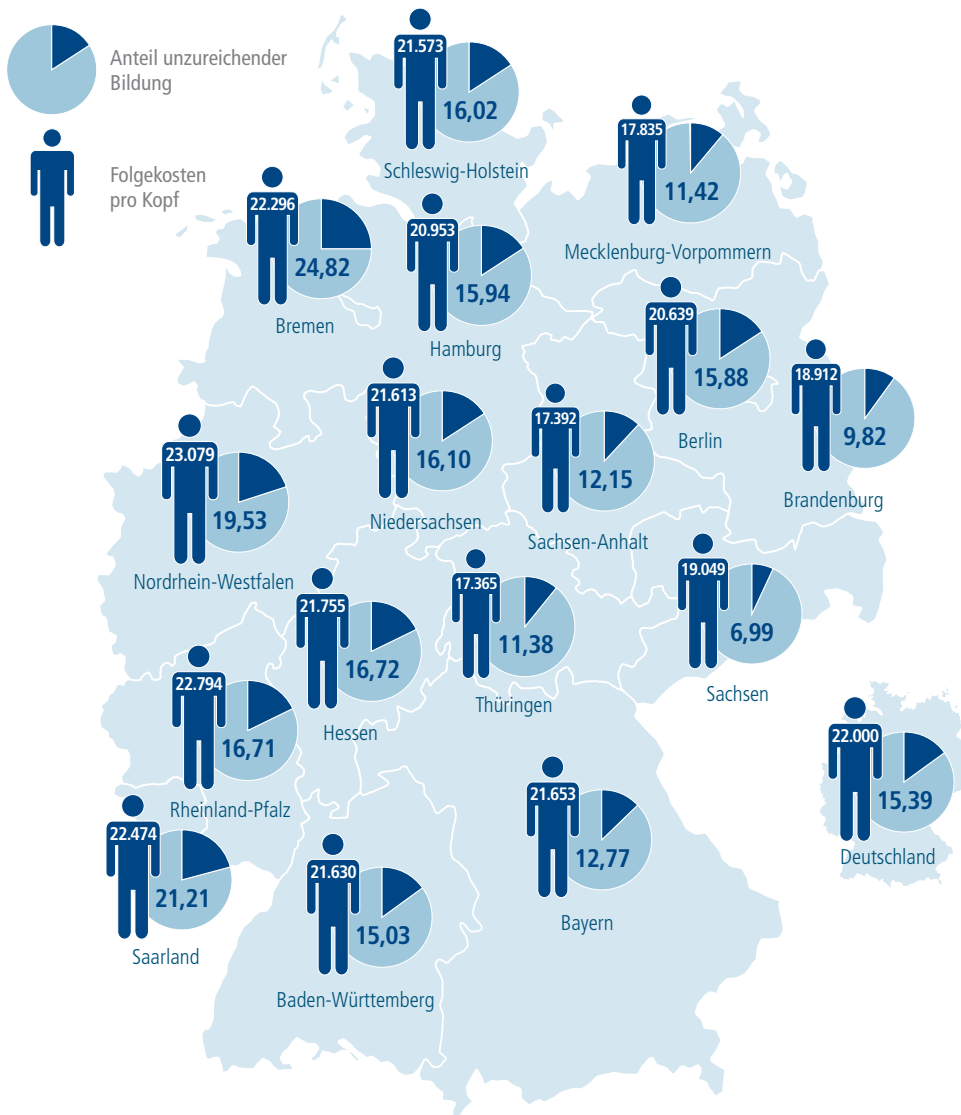


Abbildung 4: Anteile der unzureichend gebildeten 25- bis 34-Jährigen und Folgekosten pro Kopf in den Bundesländern

Anteil unzureichender Bildung in Prozent, Folgekosten pro Kopf in Euro



Quelle: Mikrozensus und Sozio-oekonomisches Panel (siehe Text); eigene Berechnungen; gerundete Werte.

## Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
Fax +49 5241 81-681999

Antje Funcke  
Programm Wirksame Bildungsinvestitionen  
Telefon +49 5241 81-81243  
Fax +49 5241 81-681243  
antje.funcke@bertelsmann-stiftung.de

Die gesamte Studie als Download:

[www.bertelsmann-stiftung.de/folgekosten-oeffentliche\\_Haushalte](http://www.bertelsmann-stiftung.de/folgekosten-oeffentliche_Haushalte)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

[www.wirksame-bildungsinvestitionen.de](http://www.wirksame-bildungsinvestitionen.de)